

Schweiz konzentriert sich auf humanitäre Hilfe

Bundesrat bremst Aussenministerin Calmy-Rey

Der Bundesrat verzichtet darauf, das Vorgehen einzelner Konfliktparteien in Libanon zu bewerten, und pfeift damit Aussenministerin Calmy-Rey zurück. Er beschränkt sich derzeit auf die humanitäre Rolle der Schweiz und gibt weitere Mittel für Nothilfe frei.

wab. Bern, 26. Juli

Der Bundesrat hat am Mittwoch eine ausserordentliche Sitzung zur Lage im Nahen Osten durchgeführt. An der Sitzung nahmen mit Ausnahme von Joseph Deiss, der im Spital ist und telefonisch zugeschaltet wurde, alle Regierungsmitglieder persönlich teil. Dass der Bundesrat die Sitzungspause im Sommer physisch unterbricht und dringende Geschäfte nicht nur per Telefonkonferenz oder auf dem Zirkularweg behandelt, kommt selten vor. Die Sitzung war auf Antrag von Aussenministerin Calmy-Rey, deren öffentliche Stellungnahmen in den letzten Wochen kontroverse Reaktionen ausgelöst hatten, aber auch auf Wunsch anderer Departemente anberaumt worden. Dabei ging es weniger darum, den jeden Sommer wiederkehrenden Vorwurf der Boulevardpresse, der Bundesrat mache trotz irgendwelchen Krisen Ferien, zu kontern, sondern vielmehr darum, eine Sprachregelung zu finden, die den Zielen der schweizerischen Aussenpolitik dient.

Was nicht beschlossen wurde . . .

Dies wurde im anschliessenden Medienauftritt von Micheline Calmy-Rey allerdings nur indirekt und auf Nachfragen hin deutlich. Bemerkenswert war nämlich weniger, was der Bundesrat konkret entschieden hat, sondern was er nicht beschlossen hat. Die Regierung ist sich zwar darin einig, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen schockierend sind, und bedauert die dadurch verursachte menschliche Tragödie zutiefst. Nach intensiver Diskussion verzichtete der Bundesrat jedoch darauf, das Vorgehen einzelner Konfliktparteien zu bewerten. Er äussert sich somit nicht zur Verhältnismässigkeit des israelischen Vorgehens. Auch Micheline Calmy-Rey vermied es nunmehr, ihre früheren Stellungnahmen zu wiederholen, in denen sie primär das israelische Vorgehen als unverhältnismässig kritisiert und den Raketenbeschuss israelischer Siedlungen aus Hizbullah-Stellungen in Libanon nur am Rande erwähnt und verurteilt hatte.

Der Bundesrat hat auch auf einen Entscheid über die formelle Einstufung des Konfliktes als Krieg und die daraus resultierende Anwendung des Neutralitätsrechtes verzichtet, die Calmy-Rey dem Vernehmen nach gewünscht hatte. Die Aussenministerin erklärte dazu, es gebe im Bundesrat unterschiedliche Interpretationen und Meinungen, die Einstufung als Krieg hätte indes kaum praktische Auswirkungen, weil die Schweiz ohnehin kein Kriegsmaterial an die Konfliktparteien liefere und weil die militärische

Zusammenarbeit mit Israel seit 2001 eingeschränkt sei. Zu einzelnen Rüstungsgeschäften seien keine neuen Entscheide gefällt worden. Nicht als nützlich erachte der Krisenstab im EDA ferner eine Bewachung der schweizerischen Botschaft in Beirut durch Schweizer Soldaten.

5 Millionen für Nothilfe

Und nun die - wenigen - Beschlüsse: Der Bundesrat unterstützt die Bemühungen der Uno, eine diplomatische Lösung des Konfliktes zu finden, beschränkt sich im Weiteren aber ausdrücklich auf eine humanitäre Perspektive und will dieses Engagement fortführen und noch verstärken, wie Calmy-Rey erklärte. Der Bundesrat gibt zusätzliche 5 Millionen Franken für Soforthilfe des IKRK frei; das EDA hatte dem IKRK schon früher 1,5 Millionen zur Verfügung gestellt. Die Schweiz hat bisher ferner 800 Kilogramm Medikamente und 7 Tonnen weitere Hilfsgüter nach Libanon geschickt. Der Leiter des Korps für humanitäre Hilfe, Toni Frisch, ist diese Woche selber nach Beirut gereist, um den Einsatz der 30 Schweizer Helfer zu verfolgen und weitere Bedürfnisse abzuklären.

Die Regierung liess sich ferner über die erfolgreiche Evakuierung von 875 Schweizern aus Libanon informieren, die 2,5 Millionen Franken kostete. 215 Schweizer Staatsangehörige hätten auf eine Evakuierung verzichtet, sagte Calmy-Rey. Sie äusserte sich besorgt über die Situation jener zehn Landsleute, die nach den vorliegenden Informationen noch im heftig umkämpften Südlibanon leben. Über drei von ihnen lägen den Behörden bis anhin keine Nachrichten vor.